Leitlinien für die Standortauswahl neuer Mobilfunkanlagen in Sankt Augustin

Problembeschreibung/Begründung:

Die Verwaltung wurde am 5.11.2002 durch den Umweltausschuss beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, auf dessen Grundlage bei der Planung neuer Mobilfunkstandorte durch die Mobilfunkbetreiber seitens der Verwaltung lenkend eingegriffen werden kann.

Die Mobilfunknetze werden derzeit massiv ausgebaut und erweitert. Die Abstimmung der geplanten Standorte erfolgte bislang im Einzelfall und, gemessen am Planungsstand der Mobilfunkbetreiber, zu einem relativ späten Zeitpunkt, wenn der konkrete Standort bereits feststeht. Zu diesem Zeitpunkt hat die Stadt, selbst bei Einschaltung von Clearingstellen in Problemfällen, nur noch geringe Möglichkeiten auf die Standortwahl Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grund wurden von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Fachbereiche 6/10, BNU und 6/30 Leitlinien (siehe Anlage) erarbeitet, die den – derzeit vier – Mobilfunkbetreibern als Planungs- und Abstimmungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden sollen.

Leitlinien¹

1. Unterscheidung zwischen problematischen und unproblematischeren Standorten
 - 1.1. hochsensible Bereiche: Kinderbetreuungseinrichtungen, wie Kindergärten, Kindertagesstätten und Horte, sowie Kleinkinderspielplätze, Grundschulen, Krankenhaus
 - 1.2. sensible Bereiche: reine und allgemeine Wohngebiete
 - 1.3. unproblematischere Bereiche: Gewerbegebiete, MischgebieteDiese Bereiche sind kartiert und stehen als interne Abstimmungsgrundlage zur Verfügung. Die Karte soll auch den Mobilfunkbetreibern (T-Mobile, Vodafone,

¹ Abgestimmt mit der Mess- und Beratungsstelle Elektromog des Wissenschaftsladen Bonn

O2, e-plus, ggf. Mobilcom) als Planungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden.

2. Definition von Leitlinien für diese unterschiedlichen Bereiche

2.1. Um die Bereiche mit hochsensiblen Nutzern (Kinder, Kranke) soll ein Radius von 200 m von Mobilfunkanlagen frei gehalten werden.

Hierdurch sollen niedrigere als die in der 26. BImSchV festgelegten Immissionsgrenzwerte eingehalten werden. Bei einem Abstand von 200 m zu einer Mobilfunkanlage sind in der Regel die Salzburger Grenzwerte eingehalten.

2.2. In den sensiblen Bereichen sind die Immissionen durch Streuung statt Konzentration der Sendeanlagen zu verringern, mit folgender Ausnahme: innerhalb des Suchkreises für einen neuen Mobilfunkstandort befinden sich einzelne Gebäude, die deutlich höher sind als die umgebende Bebauung. In diesem Fall sind die Mobilfunkanlagen aus städtebaulichen Gründen auf diese Gebäude zu konzentrieren. Stehen mehrere hohe Gebäude in unmittelbarer Nähe zueinander, soll ein ausreichender Abstand zu benachbarten Aufenthaltsbereichen in der jew. Hauptstrahlrichtung eingehalten werden.

2.3. unproblematischere Bereiche: Bei der Neuerrichtung von Sendeanlagen sind bevorzugt Standorte in diesen Bereichen auf ihre funknetzplanerische Eignung zu prüfen.

3. Abstimmungsverfahren

3.1. Bei der Standortplanung sind die oben aufgeführten Leitlinien für die unterschiedlichen Bereiche zu berücksichtigen. Grundsätzlich ist vorrangig zu prüfen, ob ein geeigneter Standort in einem unproblematischeren Bereich gefunden werden kann.

Falls sich städtische Liegenschaften innerhalb des von den Betreibern angegebenen Suchkreises, insbesondere in sensiblen und hochsensiblen Bereichen befinden, wäre zu prüfen, ob diese Liegenschaften den Mobilfunkbetreibern als bevorzugte Standorte angeboten werden, sobald neue Suchkreise von den Betreibern angegeben werden. Die Einhaltung und die Überprüfung der Einhaltung der Leitlinien (ggf. Immissionsmessungen durch

entsprechende Gutachter) könnte in diesem Fall privatrechtlich über entsprechenden Mietverträge mit den Netzbetreibern geregelt werden.

3.2. Findet sich in den bevorzugten Bereichen kein geeigneter Standort und können für einen Standort in den Bereichen nach 1.1 und 1.2 die Auflagen aus den Leitlinien nicht erfüllt werden, so gilt folgende Regelung:

3.2.1. Diese Planstandorte werden im Rahmen einer Bau- und Planungskonferenz besprochen, an der jeweils ein Vertreter des BNU, der FB 6/10 und 6/30 teilnehmen sollten.

3.2.2. Die Clearingstellen des dstgb sowie des jeweiligen Mobilfunkbetreibers werden in das Abstimmungsverfahren einbezogen.

3.2.3. Kann keine einvernehmliche Regelung zwischen Mobilfunkbetreiber und Verwaltung getroffen werden, soll auf Initiative und Kosten des Mobilfunknetzbetreibers eine Informationsveranstaltung für die betroffene Bürgerschaft durchgeführt werden.

4. Information zu Mobilfunk sollen bereitgestellt werden

4.1. in der Homepage

durch Standortlisten und Übersichtskarte mit Infos zur vorh. Gebäudenutzung/Außenbereich, Bestand, geplanter Erweiterung, Neuplanung; Ansprechpartner in der Verwaltung; allgemeine Infos zur Zulässigkeit, über die Mobilfunkvereinbarung, ggf. weitere Informationsquellen, wie z.B. RegTP, MSWKS, WiLa Bonn, ...

4.2. Info-Veranstaltung im Rahmen des Umweltprogramms des BNU:

Dienstag, den 14.10.2003, 19.00 Uhr: Von Handys, Heizkissen und Hochspannung – Elektrosmog im Alltag